

Nach den Kommunalwahlen in Hessen

Peter Hintze: CDU hat Stimmungstest bestanden

Das Wahlergebnis in Hessen zeigt, daß die politische Landschaft in Deutschland stabiler ist, als es häufig Ausschläge in den veröffentlichten Meinungsumfragen vermuten lassen.

Bundespolitische Themen haben in allen Wahlveranstaltungen eine beachtliche Rolle gespielt. Deswegen waren diese Wahlen – obwohl typische Kommunalwahlen – auch so etwas wie ein Stimmungstest für Bonn. Der Versuch der Opposition, aus diesen Wahlen ein Votum gegen Bonn zu machen, ist gescheitert. Der Bundeskanzler kann für sein Reformprogramm auf einen festen Rückhalt in der Bevölkerung bauen.

**Statement des Generalsekretärs
auf einer Pressekonferenz im
Konrad-Adenauer Haus am 3. März**

Die hessische CDU hat landesweit ein Plus erreicht und in der Mainmetropole Frankfurt sowie in der Landeshauptstadt Wiesbaden sogar deutlich zugelegt. Das ist ein schöner Erfolg für Manfred Kanther, für Roland Koch und für Petra Roth.

In Kassel konnten wir den Erdrutschsieg des Jahres 1993 nicht wiederholen. Vom damaligen Zugewinn gegenüber der Kommunalwahl 1989 konnte aber fast die Hälfte verteidigt werden. Hatten die Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen 1989 noch 50,5 Pro-

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● **Gemeinsames Wort**

Bundeskanzler Helmut Kohl: Zukunftsfähigkeit setzt die Bereitschaft zu Reformen voraus.
Seite 9

● **Castor-Transporte**

Bundesinnenminister Manfred Kanther: Solidarität mit dem Rechtsstaat – Gewalttätern energisch entgegenzutreten. Seite 12
Generalsekretär Peter Hintze: Grüne an der Seite von Rechtsbrechern und Chaoten. Seite 15

Joachim Hörster: Der Rechtsstaat darf dem Druck der Straße nicht nachgeben. Seite 16

Grüne und Castor-Transporte: Gewalt nicht ausgeschlossen.
Seite 17

Bürgerinitiative: Den Transport „mit allen Mitteln“ verhindern.
Seite 18

● **Wirtschaft und Finanzen**

Hans-Peter Repnik: Notwendige Einsparungen verhindern nicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
Seite 20

zent, so mußten sie sich trotz ihres Erfolges in Kassel jetzt mit 36 Prozent zufrieden geben.

Zur Wahlbeteiligung:

Die Wahlbeteiligung ist von 71,3 auf 66 Prozent zurückgegangen. Vorweg sei bemerkt, daß auch diese 66 Prozent im internationalen Vergleich immer noch ein sehr hoher Beteiligungsgrad für Kommunalwahlen sind.

Die Gründe für den Rückgang der Wahlbeteiligung sind unterschiedlich. Ein wichtiger Grund ist sicherlich, daß die erstmals stimmberechtigten EU-Ausländer weit unterdurchschnittlich von ihrem neuen Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Das hat natürlich auch die Wahlbeteiligung im Durchschnitt beeinflusst.

Bei vielen Wählerinnen und Wählern war so etwas wie eine Abwartehaltung zu spüren. Das heißt: Mitten in der Phase der Beratung wichtiger bundespolitischer Reformen sind offenbar viele Wähler deshalb nicht zur Wahl gegangen, weil sie Beschlüsse und Ergebnisse erst abwarten wollen.

Daraus sind keinerlei Rückschlüsse etwa auf die kommenden Bundestagswahlen zu ziehen. Ich glaube, daß wir bei den kommenden Bundestagswahlen wieder mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung zu rechnen haben, weil dann eine Grundsatzauseinandersetzung ansteht, die auch so ziemlich alle Wählerinnen und Wähler mobilisieren wird.

Alle Parteien haben sich in diesem Kommunalwahlkampf nicht zuletzt aus finanziellen Gründen bei Plakatierung und Inserierung stärker zurückgehalten als sonst. Wir stellen nun fest, daß die Mobilisierung in Wahlkämpfen eben doch auch mit dem Aufwand zusammenhängt, mit dem plakatiert und inseriert wird.

Die Konsequenzen für uns sind: Wir werden uns noch intensiver um die Gruppe der wahlberechtigten EU-Bürger kümmern,

und wir werden Maßnahmen zur Mobilisierung entwickeln müssen, die das kompensieren, was an materiellem Einsatz nicht möglich sein wird.

CDU – die Großstadtpartei

Besonders positiv bei diesem Wahlergebnis ist für uns die starke Position der CDU in den Großstädten. Wir freuen uns sehr, daß wir den Erfolg in Frankfurt noch einmal ausbauen konnten – sicherlich auch ein persönlicher Erfolg für Petra Roth. Wir freuen uns über den starken Zugewinn in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Ich sehe in diesen Erfolgen ein gutes Omen für die Hamburger Bürgerschaftswahl am 21. September. Auch diese Wahl wird die Bundes-CDU mit allen Kräften unterstützen. Schließlich ist die Hamburger Wahl die letzte Landtagswahl vor dem entscheidenden Wahljahr 1998.

Einige Aspekte zum Abschneiden der Sozialdemokraten:

Die SPD hat bei diesen Wahlen vom Wähler einen gewissen Kredit dafür erhalten, daß sie die Totalblockade in Sachen Steuerreform ausgesetzt hat. Ich sage „ausgesetzt“, weil wir ja noch nicht wissen, ob es zu einer Einigung bei der Steuerreform kommt, ob die Mitwirkung der SPD bei den Gesprächen taktisches Spiel oder ehrliche Absicht ist. Ich bin allerdings zuversichtlich, daß die Hessenwahl die Steuerreform-Gespräche positiv beeinflussen wird und daß wir tatsächlich zu einem tragfähigen Ergebnis für Wachstum und Beschäftigung kommen.

Zu den Freien Demokraten:

Die FDP hat ihre typische Schwächenanfälligkeit bei Kommunalwahlen leider auch in Hessen wieder erleben müssen. Um so mehr wiegt der Erfolg von Ignatz Bubis in Frankfurt, wozu ich ihm persönlich und den Freien Demokraten herzlich gratuliere.

Pressestimmen

Hinweise aus Hessen

Wer von den Kommunalwahlen in Hessen schon eindeutige Machtssignale für den Bund oder das Land Hessen erwartete, muß sich gedulden. Dafür sind die Zeichen zu widerspruchsvoll. Zum Beispiel zwischen Frankfurt und dem restlichen Land oder zwischen Kassel und Wiesbaden. SPD und CDU können sich nicht beruhigt zurücklehnen, trotz des Pluszeichens im Landesdurchschnitt. Erst recht nicht die FDP. Sie bleibt trotz ihres Frankfurter Erfolges ohne sichere kommunale Basis, hat nur einen harten Kern von drei bis vier Prozent und ist bei Bundes- und Landtagswahlen weiter auf Wechselwähler angewiesen.

General-Anzeiger, Bonn

Keine Generalprobe

Aus den hessischen Kommunalwahl-Ergebnissen auf den Ausgang der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres zu schließen, wäre ein waghalsiger Versuch. Es gab keine Generalprobe im kleinen Kreis für das große bundesweite Ereignis in rund achtzehn Monaten,

auch wenn der diesmal ungewöhnlich dichte Besucherstrom bundespolitischer Prominenz bei Wahlkampfaktionen zwischen Kassel und Darmstadt einen anderen Schluß nahelegte. Es hieße, die Wählerinnen und Wähler, die gestern über Stadträte, Kreistage, Bürgermeister und Landräte abgestimmt haben, unterschätzen, wenn man ihnen nicht zutraute, auseinanderzuhalten, was nicht zusammengehört.

Rheinische Post

Keine Sensationen

Gewiß, es waren Kommunalwahlen. Da geht es um Fragen, die dem Wähler ganz nahe sind. Und deshalb kann man Kommunalwahlergebnisse nicht einfach als Gradmesser der Stimmung im Lande nehmen. Das hat sich in Hessen bestätigt. Die Ergebnisse sind nicht einheitlich, was sich vor allem in Frankfurt gezeigt hat. Die SPD hat in der Mainmetropole entgegen dem allgemeinen Trend deutlich verloren, die Union überdurchschnittlich gewonnen.

Trotzdem spiegeln sich in den Ergebnissen offenkundig auch bundespolitische Entwicklungen.

Die Welt

Insgesamt läßt das FDP-Ergebnis in Hessen aber keinen Rückschluß auf die Stellung der FDP im bundespolitischen Trend zu.

Zu den Grünen:

Die Grünen haben die Spitze der Fahnenstange erreicht. Die von ihrem Beifall begleiteten Castor-Demos wirkten offensichtlich abschreckend und haben ihnen den Zugang zu neuen Wählerschichten verschlossen.

Zu den Radikalen:

Als bedenkliches Moment dieser Wahlen sehe ich das Abschneiden der radikalen Parteien an. Die rechtsradikalen Republika-

ner haben zwar Prozentanteile verloren, aber sie sind leider doch wieder bei über fünf Prozent angekommen. Die rechtsradikale Gefahr ist noch nicht gebannt.

Das Stimmergebnis der PDS in Marburg, die an ihre DKP-Tradition in dieser Universitätsstadt anknüpfen kann, zeigt, daß auch auf der linksradikalen Seite noch aufgepaßt werden muß.

Abschließend stelle ich fest: Die Wahlen in Hessen waren trotz ihrer vorrangig kommunalen Bedeutung eine kleine, aber doch wichtige Etappe auf dem Weg zur Bundestagswahl 1998 – für die CDU eine gute Etappe. ■

Die Kommunalwahlen in Hessen am 2. 3. 1997

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Kommunalwahl Hessen ¹⁾		Kommunalwahl Hessen ¹⁾		Differenz
	1997		1993		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	4.425.631		4.270.703		
Wahlbeteiligung	2.919.847	66,0	3.044.229	71,3	-5,3
gültige Stimmen	2.841.087		2.946.644		
SPD	1.078.824	38,0	1.072.302	36,4	+1,6
CDU	937.482	33,0	941.696	32,0	+1,0
Bündnis 90/Die Grünen	311.442	11,0	325.256	11,0	0,0
Republikaner	186.152	6,6	245.420	8,3	-1,7
Wählergruppen	167.152	5,9	166.500	5,7	+0,2
FDP	112.444	4,0	150.791	5,1	-1,1
NPD	17.135	0,6	21.191	0,7	-0,1
PDS	9.572	0,3			+0,3
Ökologisch-Demokra. Partei	3.538	0,1	8.008	0,3	-0,2
NATURGESETZ Partei	1.345	0,0			0,0
Sonstige²⁾	16.001	0,6	15.480	0,5	+0,1

1) Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreistagswahlen in den Landkreisen

2) 1997: PBC, DKP, Frauen, DHP, CM, BFB, Die Blauen, Tierschutz, PASS, Rentner, Die Grauen, STATT Partei
1993: DVU, PBC, Die Blauen, LIGA, DHP

Die Abkürzungen bedeuten:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
Grüne	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Natur	DIE NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
REP	DIE REPUBLIKANER
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WGR	Wählergruppen
BW	Bundestagswahl (Zweitstimmen)
EW	Europawahl
LWHS	Landtagswahl Hessen (Zweitstimmen)
KWHS	Kreistagswahlen
GWHS	Gemeinderatswahlen (in kreisfreien Städten Stadtverordnetenwahlen)

Die Kommunalwahlen Hessen 1997

	1) Kommunalwahl Hessen 1997		1) Kommunalwahl Hessen 1993		2) Kreistagswahl Hessen 1997		2) Kreistagswahl Hessen 1993		3) Gemeinderatswahl Hessen 1997		3) Gemeinderatswahl Hessen 1993	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Diff.	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Diff.
Wahlberechtigte	4.425.631		4.270.703		3.485.301		3.361.350		4.413.692		4.261.275	
Wahlbeteiligung	2.919.847	66,0	3.044.229	71,3	2.351.001	-5,3	2.433.145	72,4	2.916.803	66,1	3.040.319	71,3
gültige Stimmen	2.841.087		2.946.644		2.283.130		2.351.682		2.829.742		2.925.943	
SPD	1.078.824	38,0	1.072.302	36,4	895.870	+1,6	882.038	37,5	1.078.956	38,1	1.077.897	+1,3
CDU	937.482	33,0	941.696	32,0	747.833	+1,0	749.993	31,9	927.588	32,8	939.051	+0,7
Grüne	311.442	11,0	325.256	11,0	222.656	0,0	238.785	10,2	248.354	8,8	248.054	+0,3
REP	186.152	6,6	245.420	8,3	150.622	-1,7	192.097	8,2	61.314	2,2	84.276	-0,7
WGR	167.152	5,9	166.500	5,7	153.907	+0,2	144.624	6,1	375.927	13,3	412.030	-0,8
FDP	112.444	4,0	150.791	5,1	84.959	-1,1	114.658	4,9	103.570	3,7	137.661	-1,0
NPD	17.135	0,6	21.191	0,7	13.976	-0,1	18.684	0,8	10.473	0,4	9.828	+0,1
PDS	9.572	0,3			3.247	+0,3			7.411	0,3		+0,3
ÖDP	3.538	0,1	8.008	0,3	2.348	-0,2	6.067	0,3	2.444	0,1	3.641	0,0
Natur	1.345	0,0			825	0,0			626	0,0	59	0,0
Sonstige	16.001	0,6	15.480	0,5	6.887	+0,1	4.736	0,2	13.079	0,5	13.446	0,5

1) Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreistagswahlen in den Landkreisen

2) in den Landkreisen

3) kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden

Die Kommunalwahlen Hessen 1997 im Vergleich zu anderen Wahlen

	1) Kommunalwahl Hessen 1997			1) Kommunalwahl Hessen 1993			Landtagswahl Hessen 1995			Bundestagswahl 1994			Europawahl 1994		
	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Differenz	(Zweitstimmen)			(Zweitstimmen)			(Zweitstimmen)		
							Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Wahlberechtigte	4.425.631			4.270.703			4.275.027			4.290.259			4.300.917		
Wahlbeteiligung	2.919.847	66,0	-5,3	3.044.229	71,3		2.833.029	66,3		3.532.885	82,3		2.426.056	56,4	
gültige Stimmen	2.841.087			2.946.644			2.768.821			3.485.902			2.384.699		
SPD	1.078.824	38,0	+1,6	1.072.302	36,4		1.051.452	38,0		1.296.788	37,2		832.638	34,9	
CDU	937.482	33,0	+1,0	941.696	32,0		1.084.146	39,2		1.417.692	40,7		881.371	37,0	
Grüne	311.442	11,0	0,0	325.256	11,0		309.897	11,2		322.473	9,3		291.865	12,2	
REP	186.152	6,6	-1,7	245.420	8,3		54.775	2,0		82.675	2,4		109.133	4,6	
WGR	167.152	5,9	+0,2	166.500	5,7										
FDP	112.444	4,0	-1,1	150.791	5,1		206.173	7,4		283.186	8,1		111.194	4,7	
NPD	17.135	0,6	-0,1	21.191	0,7		7.795	0,3					9.222	0,4	
PDS	9.572	0,3	+0,3							37.268	1,1		19.756	0,8	
ÖDP	3.538	0,1	-0,2	8.008	0,3		5.248	0,2		7.649	0,2		12.227	0,5	
Natur	1.345	0,0	0,0				4.522	0,2		9.646	0,3		6.871	0,3	
Sonstige	16.001	0,6	+0,1	15.480	0,5		44.813	1,6		28.525	0,8		110.422	4,6	

1) Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreisstadtwahlen in den Landkreisen

Einzelergebnisse der Gemeinderatswahlen in den kreisfreien Städten

	Wahlbet.	SPD	CDU	Grüne	REP	WGR	FDP	PDS	Sonst
Darmstadt, Stadt									
GWHS97	60,9	33,5	30,3	20,3		5,2	4,9		5,8
GWHS93	63,1	34,2	30,3	25,4			7,8		2,3
Differenz	-2,2	-0,7	0,0	-5,1		+5,2	-2,9		+3,5
LWHS95	65,4	35,4	31,9	19,5	1,1		9,0		3,2
BW94	81,5	36,8	35,2	14,8	1,5		8,6	1,6	1,5
EW94	56,8	31,8	31,8	20,0	3,1		6,0	1,4	6,0

Frankfurt am Main, Stadt

GWHS97	60,4	29,1	36,3	16,9	6,2	2,1	5,6	1,6	2,2
GWHS93	69,7	32,0	33,4	14,0	9,3	2,6	4,4		4,2
Differenz	-9,3	-2,9	+2,9	+2,9	-3,1	-0,5	+1,2	+1,6	-2,0
LWHS95	64,1	30,4	39,2	17,0	2,7		7,8		2,9
BW94	80,0	30,1	39,9	14,5	2,8		8,8	2,1	1,7
EW94	55,5	27,8	36,2	17,9	5,5		4,6	1,8	6,3

Kassel, Stadt

GWHS97	63,7	36,0	33,0	15,6	4,6	2,7	3,3	1,4	3,4
GWHS93	67,5	29,8	36,9	14,0	5,4	5,7	7,7		0,5
Differenz	-3,8	+6,2	-3,9	+1,6	-0,8	-3,0	-4,4	+1,4	+2,9
LWHS95	64,2	39,7	33,7	15,5	1,5		7,6		2,0
BW94	79,6	40,8	35,3	12,6	1,7		6,8	1,8	1,1
EW94	53,6	37,0	32,9	16,6	3,0		4,5	1,4	4,6

Offenbach am Main, Stadt

GWHS97	57,1	36,2	27,2	11,2	10,8	5,8	6,4	2,3	
GWHS93	64,9	29,2	26,6	11,6	15,1	9,5	7,8		
Differenz	-7,8	+7,0	+0,6	-0,4	-4,3	-3,7	-1,4	+2,3	
LWHS95	59,3	35,4	39,0	12,8	4,0		6,6		2,2
BW94	78,4	34,9	39,7	10,5	4,0		7,9	1,6	1,4
EW94	52,0	32,4	36,8	12,9	7,2		4,1	1,3	5,3

Wiesbaden, Stadt

GWHS97	59,4	36,5	34,2	13,5	9,9		4,3		1,6
GWHS93	64,7	33,7	28,9	11,9	13,1	4,0	7,0		1,4
Differenz	-5,3	+2,8	+5,3	+1,6	-3,2	-4,0	-2,7		+0,2
LWHS95	63,7	34,0	40,1	13,6	2,7		7,5		2,3
BW94	80,8	33,7	40,1	11,2	2,9		9,3	1,3	1,6
EW94	55,9	30,5	36,3	14,8	5,8		5,4	0,9	6,4

kreisfreie Städte insgesamt

GWHS97	60,5	32,8	34,0	15,9	6,4	2,4	4,9	1,1	2,5
GWHS93	67,2	32,0	32,2	14,5	9,0	3,7	6,1		2,6
Differenz	-6,7	+0,8	+1,8	+1,4	-2,6	-1,3	-1,2	+1,1	-0,1
LWHS95	63,8	33,6	37,6	16,0	2,4		7,7		2,6
BW94	80,1	33,7	38,7	13,2	2,6		8,5	1,8	1,5
EW94	55,2	30,6	35,3	16,9	5,0		4,9	1,5	5,9

Ergebnisse der **Kreistags**wahlen in Hessen seit 1946

Jahr	Wahlbet.	SPD	CDU	Grüne	FDP ¹⁾	Wählergruppen	Sonstige Parteien ²⁾
1946	75,7	44,1	38,0	-	6,2	2,0	9,7
1948	84,4	36,3	30,8	-	21,6	0,7	10,6
1952	82,5	37,7	17,3	-	13,0	14,9	17,1
1956	81,5	46,3	20,1	-	7,6	14,7	11,4
1960	83,6	47,2	25,8	-	9,3	7,6	10,0
1964	83,4	51,2	28,1	-	11,1	2,6	7,1
1968	81,3	50,3	29,3	-	9,9	2,0	8,4
1972	84,0	51,5	38,0	-	6,0	3,3	1,3
1977	82,0	42,7	47,4	-	5,1	3,4	1,3
1981	78,2	39,8	46,9	4,3	6,1	2,2	0,7
1985	77,1	43,9	40,5	6,8	5,5	2,6	0,7
1989	79,2	45,1	34,5	8,6	4,6	4,0	3,2
1993	72,4	37,5	31,9	10,2	4,9	6,1	9,4
1997	67,5	39,2	32,8	9,8	3,7	6,7	7,8
Diff.	-4,9	+1,7	+0,9	-0,4	-1,2	+0,6	-1,6

1) 1946-1948 LDP

2) Überwiegend: Bis 1948 KPD, 1952 bis 1964 BHE, 1968 NPD, 1972 bis 1985 DKP, 1989 NPD, 1993 REP (8,2 %) und 1997 REP (6,6 %)

Ergebnisse der **Gemeinderats**wahlen in Hessen seit 1946

Jahr	Wahlbet.	SPD	CDU	Grüne	FDP ¹⁾	Wählergruppen	Sonstige Parteien ²⁾
1946	82,0	43,5	32,0	-	4,8	11,3	8,3
1948	81,2	32,9	22,9	-	12,9	21,5	9,9
1952	76,8	31,6	12,9	-	8,4	35,8	11,3
1956	78,0	39,0	15,9	-	5,5	32,6	7,1
1960	80,0	40,4	19,5	-	6,2	28,0	5,8
1964	79,3	43,8	21,1	-	5,6	25,5	4,0
1968	76,8	43,3	22,6	-	5,9	24,2	3,9
1972	81,4	49,5	33,3	-	4,8	11,5	0,9
1977	79,6	42,1	44,8	-	4,8	7,2	1,1
1981	76,4	39,9	44,8	1,7	5,4	7,6	0,6
1985	75,8	43,9	38,6	4,9	4,4	7,6	0,5
1989	78,1	44,5	33,3	7,0	4,4	9,2	1,6
1993	71,3	36,8	32,1	8,5	4,7	14,1	3,8
1997	66,1	38,1	32,8	8,8	3,7	13,3	3,3
Diff.	-5,2	+1,3	+0,7	+0,3	-1,0	-0,8	-0,5

1) 1946-1948 LDP

2) Überwiegend: Bis 1948 KPD, 1952 bis 1964 BHE, 1968 NPD, 1972 bis 1985 DKP, 1989 NPD, 1993 REP (2,9 %) und 1997 REP (2,2 %)

Das Wahlergebnis mit allen Einzelergebnissen finden Sie
in KomSys unter „Wahlkampf/Wahlen.“

Helmut Kohl zum Gemeinsamen Wort der Kirchen:

Zukunftsfähigkeit setzt die Bereitschaft zu Reformen voraus

Zu dem Gemeinsamen Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben sich mit ihrem Gemeinsamen Wort einer der zentralen Herausforderungen für unser Land angenommen. Ich teile ihre Überzeugung, daß es zum Auftrag der Christen gehört, aus dem Glauben heraus Verantwortung in der Welt wahrzunehmen.

Das Gemeinsame Wort enthält ein klares Bekenntnis zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Es macht deutlich, daß Zukunftsfähigkeit die Bereitschaft zu Reformen voraussetzt. Ich halte dies für ebenso hilfreich wie die Aufforderung zu „konzertier-

ten Bemühungen“ und zum „gemeinsamen Zusammenwirken der unterschiedlichen Verantwortungsträger“, um die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Die Bundesregierung hat sich am 23. Januar vergangenen Jahres zusammen mit Wirtschaft und Gewerkschaften ausdrücklich zu dieser gemeinsamen Verantwortung bekannt.

Das Gemeinsame Wort enthält neben wichtigen Grundsatzaussagen viele einzelne Überlegungen und Anregungen, über die in den kommenden Monaten intensiv – und in manchen Punkten notwendigerweise auch kontrovers – diskutiert werden muß. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist dazu bereit und darauf auch – wie ihre Debatten über die Bedeutung der Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität für die Zukunft unseres Landes gezeigt haben – gut vorbereitet.

Ein wichtiger Diskussionsbeitrag

Generalsekretär Peter Hintze in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ am 28. Februar zum Sozialwort der Kirchen:

Erste Stellungnahme: Es ist ein wichtiger Diskussionsbeitrag im aktuellen Reformprozeß. Zweitens: Wir werden uns sehr gründlich mit der Analyse, den Argumenten und den Vorschlägen der Kirchen befassen.

Frage: Ist das Papier jetzt abgemildert worden?

Antwort: Es ist deutlich weiterentwickelt worden. Es enthält ein klares Bekenntnis zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, es stellt den Zusammenhang dar zwischen Leistungsvermögen der Wirtschaft und Qualität der sozialen Sicherung, es ist ein Beitrag zur Stärkung der Reformbereitschaft in unserem Land, es betont die Rolle der Eigenverantwortung und die Stärkung der kleinen Einheiten, es stellt ein klares, positives Signal in Richtung Weiterentwicklung deutscher Einheit und für den europäischen Einigungsprozeß.

Das Wort der Kirchen gibt wichtige Impulse

Zum Wort des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland erklärten der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heiner Geißler, sowie die Bundestagsabgeordneten Birgit Schnieber-Jastram und Hermann Kues :

1. Wir begrüßen das Wort der Kirchen als wichtigen Beitrag beim Bemühen, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik zu modernisieren und zukunftsfähig zu gestalten. Das Wort der Kirchen steht in der Tradition der Katholischen Soziallehre und Evangelischen Sozialethik und stellt eine Herausforderung dar für alle gesellschaftlichen Gruppen, für Arbeitgeber und Gewerkschaften ebenso wie für die Parteien. Wir brauchen die Auseinandersetzung über den richtigen Weg, benötigen allerdings auch den Konsens für notwendige Maßnahmen. Den angebotenen Dialog nehmen wir gern an.

2. Bemerkenswert ist das klare Bekenntnis der Kirchen, daß auch die Soziale Marktwirtschaft auf anthropologischen und ethischen Vorentscheidungen beruht, die sie selbst nicht herstellen und auch nicht garantieren kann, ohne die sie aber auf Dauer nicht lebensfähig ist. Das christliche Menschenbild hat diese Wertebasis entscheidend geprägt. Die Erinnerung daran ist eine der originären Aufgaben der Kirchen.

3. Das klare Bekenntnis zu Ehe und Familie als Keimzelle von Staat und Gesell-

schaft steht in der Tradition des christlichen Gesellschaftsverständnisses. Dieses bedeutet eine unmißverständliche Absage an politische Überlegungen, auch andere Lebensformen als völlig gleichwertig anzuerkennen. Die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten für Familien und Kinder müssen verbessert werden. Diese Aufforderung geht an die Tarifparteien und die Gesellschaft insgesamt, aber auch an die politischen Parteien. Sie ist auch als Appell an die Unionsparteien zu verstehen, auf dem Wege einer konsequenten Familienpolitik weiterzumachen und nicht stehenzubleiben.

4. Wir begrüßen den Hinweis auf die Vernetzung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Sachverhalten. Soziale Stabilität ist für die Funktionsweise des Wirtschaftssystems ebenso unerläßlich, wie sozialpolitische Überlegungen volkswirtschaftliche Zusammenhänge berücksichtigen müssen. Menschliche Beziehungen dürfen nicht allein auf ökonomische Aspekte reduziert werden.

5. Wir begrüßen das deutliche Bekenntnis zum Kern des Sozialstaates in Deutschland und zum leistungsbezogenen, am Erwerbseinkommen anknüpfenden Sozialversicherungssystem.

6. Wir begrüßen sehr den Appell zu neuen Vermögensbildungs- und Investivlohn-Offensiven, zu einer breiteren Streuung des Produktivkapitals ebenso wie zu moderneren, die Arbeitnehmer einbeziehenden Formen der Unternehmensführung.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Die Kirchen sind eine Schutzmacht des Sozialstaates

Zum gemeinsamen Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Die Kirchen sind eine Schutzmacht des Sozialstaates. Ihre Macht ist moralischer Natur. Der Mensch ist auf Solidarität angewiesen. Nicht nur aus sozialen, sondern aus kulturellen Gründen. Diese Wahrheit rufen die Kirchen der Gesellschaft in Erinnerung und verteidigen den Sozialstaat gegen einen herzlosen Egoismus. Ebenso wehren sie sich gegen solche, die alle Lösungen vom Staat verlangen.

... nicht Staatsversorgung

Subsidiarität ist ein modernes Sozialprinzip: Vorfahrt für die kleinere Gemeinschaft. Deshalb Sozialversicherung und nicht Staatsversorgung. Des-

halb Tarifpartnerschaft und nicht eine Lohnpolitik nach dem K.o.-System.

... nicht ohne Streit

Die Kirchen erinnern daran, daß der Grundkonsens eine Überlebensbedingung jeder Gesellschaft ist. Konsens ist das Ergebnis einer großen Anstrengung und keine Harmoniesoße. Er ist auch nicht ohne Streit zu haben. Vor der Verantwortung, dem Gemeinwohl zu dienen, müssen sich Unternehmer, Gewerkschafter wie Politiker rechtfertigen.

Das Kirchenwort ist eine Gewissensforschung für unsere Gesellschaft. Planwirtschaft kommt ohne Moral aus. Sie wird durch Befehle gesteuert. Soziale Marktwirtschaft braucht dagegen moralische Verantwortung. Freiheit ohne Gerechtigkeit wäre eine Keulenei. Freiheit aus der Steinzeit.

EAK-Bundestagung

Am 6. und 7. Juni 1997 findet die 36. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises unter der Überschrift: „Soziale Marktwirtschaft gestalten – neue Arbeitsplätze schaffen“ in Bochum statt. Im Anschluß an die Tagung findet eine Delegiertenversammlung mit Neuwahl des Bundesvorstandes statt. – Weitere Informationen erhalten Sie unter Tel. (02 28) 5 44-3 02 oder Fax (02 28) 5 44-5 86.

Einzelne Exemplare des „Gemeinsamen Wortes: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ können **kostenlos** beim Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover, und beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn, bezogen werden.

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Solidarität mit dem Rechtsstaat – Gewalttätern energisch entgegentreten

Die Demokratie lebt vom offenen Austrag politischer Gegensätze, deutlich, manchmal hart, und das kann auch polemisch sein. Deshalb kann in diesem freien Land jeder, der es will, die Verwendung von Kernenergie ablehnen, dagegen reden, schreiben, senden und demonstrieren.

Jedermann kann sich mit Gleichdenkenden zusammenschließen, Parteitage veranstalten, Wahlkämpfe führen, Bürgerinitiativen gründen, Mehrheiten suchen, finden oder verpassen.

All dies ist selbstverständlich, daran braucht nicht herumdisputiert zu werden, denn um all dies geht es nicht, wenn wir heute das Thema „Castor-Transporte“ erneut diskutieren müssen.

Es geht vielmehr darum, daß die Demokratie nicht nur von diesem Ausleben der eigenen Meinung, sondern mindestens gleichwertig von der Beachtung ihrer Rechtsordnung lebt. Der Rechtsbruch, gar der organisierte, vor allem der politisch verbrämte, fordert die Demokratie und den Staat, der sie schützt, zentral heraus.

Die Demokratie lebt von der Beachtung ihrer Rechtsordnung

Und diese Rechtsordnung umfaßt alle ihre Elemente

- die Einhaltung internationaler Verträge,
- die Achtung des geltenden Energierechts und

- die Einhaltung der Straf- und Sicherheitsgesetze gleichermaßen.

Niemand ist berechtigt, sich den Teil der Rechtsordnung herauszupicken, der ihm paßt, und den Rest zu mißachten.

Die Spitze der Herausforderungen für den demokratischen Staat ist erreicht, wenn

Regierungserklärung von Bundesinnenminister Manfred Kanther im Deutschen Bundestag am 27. Februar

der in Gesetzen ausgedrückten Rechtsordnung mit Gewalt entgegentreten wird. Dies fordert die Demokratie frontal heraus:

- beugt sie sich schwächlich, wenden sich die Menschen von ihr ab,
- reagiert sie entschieden, kann es die Situationen des harten Austrags geben.

Wenn der demokratische Staat, dem Verfassung, Gesetze und Mehrheitswille das Gewaltmonopol in die Hand gegeben haben, gegen ihn gerichtete Gewalttätigkeiten hinnimmt, verliert er einen entscheidenden Teil seiner Legitimation. Wer das nicht will, der darf nicht nur nicht selbst gewalttätig sein, sondern muß sich auch

- der Begünstigung von Gewalttätigkeit,
- ihrer Bemäntelung,
- der Halbherzigkeit bei ihrer Bekämpfung und
- der Verwirrung der Volksmeinung durch politische Widersprüchlichkeit enthalten.

Nur wenige wagen es, glücklicherweise, selbst Gewalt anzuwenden, wenn sie

- Schienen zersägen,
- Bahndämme unterminieren,
- Krampen auf Oberleitungen werfen,
- auf Hubschrauber schießen oder
- Polizisten verletzen.

Wer dies dennoch tut, wird Polizei und Justiz zu spüren bekommen, auch wenn der Aufwand groß ist, diese Herausforderung kann und muß die Gesellschaft bestehen.

Es ist allerdings unerträglich, den Rechtsbruch zu dosieren, zwischen Gewalt gegen Sachen und Personen mit selbstgestrickter Moral zu unterscheiden. Das gilt auch für den Fraktionssprecher der Grünen, falls er sich, wie angekündigt, entschiede, „in Frankfurt Bahnschienen zu blockieren“. Maßstab für die Antwort des Staates, Herr Fischer, ist der Rechtsbruch, nicht die private, selbstgestrickte Pseudo-Moral. Deshalb: Wer die knallharte Gewalt und Kriminalität nicht will, darf sie nicht nur dünn-verbal ablehnen, sondern den Gewalttätern auch nicht den kleinsten Finger reichen.

Und ebensowenig dürfen Bürger, Gruppen, Politiker oder Parteien zu Bedienern von Kulissen werden, aus denen die nackte Gewalt hervorbricht:

- Wer im Zusammenhang mit den schlimmen Erfahrungen früherer Castor-Transporte zu „gewaltlosem Widerstand“ aufruft, der weiß, daß er mit großer Wahrscheinlichkeit der Gewalttätigkeit Schützenhilfe leistet.
- Wer – ein anderes nicht erfreuliches

Der eigentliche Skandal sind denn auch nicht die Castor-Transporte, sondern die gewaltsame Art und Weise, wie dagegen protestiert wird. Auf der Straße soll eine Politik durchgesetzt werden, für die man in Wahlen und im Parlament keine Mehrheit findet, und für die man im übrigen auch vor Gericht kein „Recht“ findet. Die aufgeputschten Kernkraftgegner wollen nicht akzeptieren, daß in einem Rechtsstaat nicht Minderheiten bestimmen, sondern daß immer noch das gilt, was die gewählten Repräsentanten des Volkes beschlossen und die Gerichte bestätigt haben.

Rupert Scholz in der Bundestagsdebatte zu den anstehenden Castor-Transporten am 27. Februar

Beispiel – als SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag in Hannover den Castor-Transport eine „unsinnige und unnötige Provokation“ nennt und sich gleichzeitig hinter den für den Polizeieinsatz verantwortlichen Innenminister stellt, muß zynisch wirken.

Die endlose Kette solcher Widersprüchlichkeiten in der SPD-Politik ließe sich beliebig fortsetzen. Die Gehässigkeit einer langjährigen Antikernkraftpolemik ist nicht dadurch wieder gut zu machen, daß schließlich ein unbezweifelbar rechtsstaatlich gesonnener Innenminister in Niedersachsen seine Pflicht tun wird.

Der Ton macht die Musik, auch in der Kernkraftdebatte; und wie soll sich ein Brüger oder ein Betroffener vor Ort oder ein 20jähriger Bereitschaftspolizist in der jahrelangen Verwirrung der Desinformationslandschaft noch zurechtfinden.

- Erst war das Entsorgungskonzept der Wiederaufarbeitung des Teufels und End-

lagerung von abgebrannten Kernelementen die Lösung.

● Jetzt sind End- und Zwischenlager die Katastrophe, und es sollen die Rückstände in den Kernkraftwerken verbleiben, was noch vor Jahren als übelste Massierung von Gefahren ausgegeben worden wäre.

● Schließlich ist der Transport von Castor-Behältern in ein Zwischenlager Gegenstand selbst ministerieller Polemik, wenn die niedersächsische Umweltministerin, während sie gleichzeitig die süddeutschen Länder zur Errichtung einer eigenen Lagerstätte auffordert, immer wieder verbal an die Seite von Demonstranten tritt, die ganz in der Nähe von Gewalttätigkeit operieren.

Und man überlege sich die Konsequenz, die süddeutschen Länder zur Errichtung einer eigenen Unterbringungsmöglichkeit für abgebrannte Kernbrennelemente aufzufordern, als ob die Kernkraftgegner in Gorleben weniger militant wären, wenn es um die Verbringung norddeutscher Abfälle ginge.

● Dabei versteht sich, daß kein Kernkraftgegner je ein Wort darüber verliert, daß es die Verbringung von abgebrannten Kernbrennelementen ja auch geben müßte, wenn heute alle Kernkraftwerke abgeschaltet würden. Denn der sogenannte Atommüll ist ja nun einmal da. An der Notwendigkeit der Verbringung von abgebrannten Kernbrennelementen kann doch überhaupt kein Zweifel sein – ich glaube, nicht mal für Grüne.

Eine solche Widersprüchlichkeit in der politischen Debatte um einen Gegenstand, zu dem man ja zugegebenerweise eben unterschiedliche Position beziehen kann, führt dann in der Wirklichkeit einer Region, z. B. im Landkreis Lüchow-Dannenberg dazu, daß

● trotz der gemachten Gewalterfahrungen Kommunalparlamente der Polizei jene Turnhallen zur Unterbringung verweigern, die sie den Demonstranten anbieten,

● die Feuerwehr mit der Verweigerung von Wasser für die Polizeieinsatzkräfte droht und

● Kinder als Blockierer von rechtmäßig seitens der Bezirksregierung beschlagnahmten Räumen instrumentalisiert werden.

Wem das keine Sorge bereitet in diesem Land, den kann ich nicht begreifen. Hier droht Wiederholung, und deshalb ist der Staat aufgefordert, ersten Versuchen dieser Art entschlossen entgegenzutreten. Denn es geht ja niemandem um diese eine Einrichtung in Gorleben unter speziellen Sicherheitsaspekten. Es geht wieder um einen der vielen Schauplätze des grundsätzlichen Kampfes gegen die Kernenergie. Was heute Gorleben ist, waren zuvor Brokdorf oder Wackersdorf oder viele andere Plätze – und wir wollen nicht und wir dulden nicht, daß diese Liste der Gewalttätigkeit sich fortsetzt.

An der Notwendigkeit der Kernenergienutzung kann auf absehbare Zeit in Deutschland kein Zweifel sein. Ihre Gegner haben kein eigenes Konzept zur sicheren Energieversorgung unseres Landes. Wir ringen um den wirtschaftlichen Aufschwung und können keine energiepolitische Unsicherheit zusätzlich zu vielen Schwierigkeiten vertragen. Arbeitsplätze entstehen nicht durch grüne Kernenergie- oder Technikfeindlichkeit, sondern durch Nutzung modernster technologischer Möglichkeiten. Die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland hat deshalb sehr viel zu tun mit dem wichtigsten Politikpunkt unserer Tage: der Festigung und Neugewinnung von Arbeitsplätzen.

Diese Einsicht ist wichtig auch unter dem hier vordringlichen Gesichtspunkt des Verzichts auf jegliche Gewalt in Gorleben. Denn dort wird von den Sicherheitskräften nicht irgendeine Marotte, sondern ein entscheidender Aspekt einer unverzichtbaren Energiepolitik verteidigt. Die Polizei si-

Grüne an der Seite von Rechtsbrechern und Chaoten

Generalsekretär Peter Hintze zu den brutalen Blockaden des Castor-Transportes:

Die brutalen Blockaden gegen den Castor-Transport sind ein schändlicher Mißbrauch der Demonstrationsfreiheit in Deutschland. Jedermann hat das Recht, friedlich zu demonstrieren. Aber niemand hat das Recht, Straßen zu unterhöhlen, Schienen anzusägen oder mit Wurfankern Oberleitungen zu zerstören. Die Instrumentalisierung von Kindern gegen unsere rechtsstaat-

liche Ordnung gehört zu den schäbigsten Methoden politischer Agitation. Wenn die Grünen angesichts dieser Vorgänge weiterhin zur Demonstrationsteilnahme aufrufen, stellen sie sich an die Seite von Rechtsbrechern und Chaoten. Ich fordere alle friedlichen Demonstranten auf, sich zurückzuziehen und den Gewalttätern nicht länger als Schutzschild zu dienen. Unsere Polizeibeamten schützen im Wendland nicht nur den Transport. Sie schützen auch unseren Rechtsstaat.

chert dort ein wichtiges Anliegen für alle Bürger, die es gut meinen mit dem Standort Deutschland, nicht aus Liebe zur Kernkraft, sondern weil sie unentbehrlich ist in unserer Zeit.

Und hier schließt sich der Kreis. Diese Ansicht muß man nicht teilen, dagegen kann man friedlich antreten. Aber es muß klar sein, daß die Bundesregierung mit dieser Politik nicht durch Gewalt in die Knie gezwungen werden kann. Und es muß jedem klar sein, wer Gewalt dennoch verübt, duldet oder befördert, der wird auf eine entschlossene Antwort der Staatsgewalt treffen.

Der dennoch herausgeforderte Rechtsstaat wird abgewogen, aber nicht unentschieden reagieren; er wird die Staatsmacht gegen Gewalttäter situationsgerecht, aber nicht weggeduckt einsetzen.

Ich fordere nach den vorangegangenen Erfahrungen mit den Castor-Transporten Solidarität mit dem durch Gewalttäter herausgeforderten Rechtsstaat. Und das ist in mehrere Punkte zu fassen:

- Die glasklare Trennung zwischen freier Meinungsäußerung und Gewaltanwendung verträgt keine Grauzone, in der parteipolitische Süppchen gekocht werden.

- Keine politische Gruppe darf durch die Bemäntelung von Rechtsbrüchen Gewalttätern eine Pseudo-Legimitation verschaffen.

- Auf jede anhebende Gewalttätigkeit müssen einzelne Bürger und Gruppen durch sofortiges Verlassen der Szene reagieren. Geistige und körperliche Distanz zur Gewalt in Gorleben ist notwendig.

- Jede Kenntnis von beabsichtigter Gewalttätigkeit muß der Polizei angezeigt werden; Schweigen kann Mitschuld an schweren Schäden für Menschen und Eigentum bedeuten.

- Die eingesetzten Polizeikräfte verdienen den Dank und die Solidarität der Bürger und aller politisch Verantwortlichen für die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe.

Es muß nicht zur Kraftprobe erst kommen

Ich hoffe, daß uns in den nächsten Tagen im Zusammenhang mit dem Castor-Transport Gewalttätigkeiten erspart bleiben.

Die Bundesregierung wünscht keine Kraftprobe zwischen Gewalttätern und dem Staat; aber der Staat kann und darf der Kraftprobe nicht ausweichen, wenn es dennoch darauf angelegt wird. ■

Der Rechtsstaat darf dem Druck der Straße nicht nachgeben

Joachim Hörster, erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu den Anti-Castor-Protesten:

Der Transport deutschen Atommülls ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben ist längst zu einem Symbol für den Protest und den Kampf gegen unseren Rechtsstaat geworden. Diejenigen, die in Gorleben und entlang der Bahnstrecke Aktionen und Terror planen, haben nicht die Sorgen und Ängste der Menschen im Wendland im Sinn. Die friedlichen Demonstranten gegen die Castor-Transporte sind längst von Chaoten und Autonomen instrumentalisiert worden. Für jene Gruppierung gewaltbereiter und gewalttätiger Krimineller darf es nicht länger einen rechtsfreien Kriegsspielplatz geben, auf dem sie ungestraft fremdes Eigentum beschädigen und zerstören und Menschenleben gefährden können.

Es handelt sich um einen politisch motivierten, militanten Demonstrationstourismus, den wir von der Startbahn West, vom Nato-Doppelbeschluß oder der Neufassung unseres Asylrechts her kennen. Bei diesen Gruppierungen ist klar: Der Protest gegen die Castor-Behälter und damit gegen die Kernenergie ist im Grunde nur zweitrangig. Ein Großteil ihrer angeblich moralischen Argumente, mit denen Gewalttaten legitimiert werden, ist bloß vorgeschoben und richtet sich gegen unseren demokratischen Rechtsstaat.

Es ist unstrittig, daß wir für die Entsorgung und die Zwischenlagerung in unserem Land verbrannter Brennstäbe verantwortlich sind. Warum regt sich bei Transporten nach Frankreich oder nach England nicht solch terroristischer Widerstand?

Wer Eisenbahnschienen herausreißt, Oberleitungen zersägt, Straßen untergräbt und Kinder als Schutzschilder bei auf Gewalt angelegten Ausschreitungen mißbraucht, will keine Rechte wahrnehmen, er will zerstören. Diesem Druck der Straße darf der Rechtsstaat nicht nachgeben.

Der Transport der Behälter wird nicht verschoben oder gar aufgehoben. Die Polizeibeamten von Bund und Ländern, die den Transport sichern, verdienen die Solidarität aller friedliebenden Menschen, die unsere Bundesrepublik als demokratischen Rechtsstaat achten und schätzen. Es sind die Polizeibeamten vor Ort, die in diesen Tagen einen schweren Dienst zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit und zum Wohl der Allgemeinheit leisten.

Denn jeder Rechtsstaat, der sich diesem üblen Terror beugt, verliert seine Legitimation. Gesetze und Rechte bilden den Rahmen für ein friedliches Zusammenleben aller Bürger in einem Staat. Ist der Staat nicht mehr in der Lage, die Einhaltung dieser Gesetze zu garantieren, werden die Ängste und Sorgen unter den Menschen zu Recht weitaus größer sein als jetzt die ehrliche Sorge friedlicher Kernkraftgegner. Wer dies negiert und – wie Teile der Grünen – angesichts der Eskalationen der vergangenen Tage und Stunden noch von gewaltfreien Demonstrationen spricht, gefährdet das friedliche Zusammenleben und den rechtsstaatlichen Konsens in Deutschland. Wer zuläßt, daß radikale Gewalt unter welchem Deckmantel auch immer unser Land terrorisiert und auch noch Verständnis für die angeblichen Motive zeigt, wie dies die Grünen und Teile der SPD tun, wird leicht zum Mithäter!

Grüne und Castor-Transporte

Gewalt nicht ausgeschlossen

Bündnis 90/Die Grünen nehmen Gewaltfreiheit für sich in Anspruch, beteiligen sich aber gleichzeitig an Demonstrationen, die Gewalt nicht ausschließen.

Der Staatsgewalt unterstellen sie „Methoden eines Polizeistaates“ (PresseDienst Bündnis 90/Die Grünen, 25/97, 18. 2. 97).

Entlarvend ein Interview von Jürgen Trittin mit der Lausitzer Rundschau am 21. Februar, in dem er den Staat sogar bezichtigt, „Bürgerkrieg“ zu spielen:

Lausitzer Rundschau: *Werden Sie in Gorleben die protestierenden Atomkraftgegner zu Gewaltfreiheit aufrufen?*

Trittin: *Wir beteiligen uns grundsätzlich nur an gewaltfreien Demonstrationen.*

Lausitzer Rundschau: *Und die gewalttätigen Gruppen . . .*

Trittin: *Wer da Bürgerkrieg spielt, sind nicht die Demonstranten, das ist ausschließlich der Staat, der Polizeibeamte dazu mißbraucht.*

Lausitzer Rundschau: *Es gibt doch aber Gruppen, denen es nicht um Gorleben, sondern um Krawalle geht . . .*

Trittin: *Ja, die gibt es, die nennen sich Sondereinsatzkommandos der Polizei. In Gorleben existiert eine lange Tradition des gewaltfreien Widerstandes, und es gibt eine lange Tradition von Provokationen,*

die von als Demonstranten verkleideten Polizeibeamten dort in der Tat mehrfach begangen wurden.

Lausitzer Rundschau: *Wie kann der Konflikt zwischen Demonstranten und Staat entschärft werden?*

Trittin: *Ganz einfach. Auf den Transport verzichten.*

Wie wenig gewaltfrei der Protest ist, zeigt z. B. der Aufruf des Förderkreises ökumenischer Aktions- und Lebensgemeinschaft im Wendland: „**Sägt die Schienen kurz und klein.**“ (Süddeutsche Zeitung, 21. 2. 97) Auch das „Streckenkonzept“ der Bürgerinitiative Umweltschutz sieht mehrere Camps entlang des Transportweges vor, um eine Art „**Belagerungszustand**“ zu schaffen. (Elbe-Jeetzel Zeitung, 14. 2. 97)

Die Strategie der Grünen deckt sich bei den Castor-Transporten bewußt mit denen anderer Castor-Gegner. Die Transporte sollen durch die Proteste und Blockaden bis zur Undurchführbarkeit verteuert werden: „Die Wendländer, Grüne und viele, viele andere werden den **Preis** [...] standfest und sitzerfahren **in die Höhe treiben.**“ (PresseDienst Bündnis 90/Die Grünen, Nr. 13/97, 23. 1. 1997: Rede von Jürgen Trittin bei der Jahrestagung der Energiewirtschaft)

Veitstanz. *Wenn junge Idealisten, was als phantasievoll gilt, sich an Eisenbahnschienen ketten, wenn Pastoren, die man „Deeskalierer“ nennt, sich zu moralischen Schiedsrichtern über die Polizei aufschwingen, wenn Bauern mit schweren Traktoren, sonst nicht gerade die Lieblinge der ökologisch Sensiblen, unter großem Beifall kernigen Volkswiderstand leisten, wenn schließlich Greenpeace in bewährter Manier Strahlenwerte mißt – dann ist in Deutschland jener Zustand einer veitstanzähnlichen Enthemmung erreicht, für den sich der Begriff „Castor-Transport“ eingebürgert hat. (FAZ, 5. März)*

Den Transport „mit allen Mitteln“ verhindern

Kurt-Dieter Grill in der Bundestagsdebatte zu den anstehenden Castor-Transporten am 27. Februar:

Schauen wir uns einmal an, was Herr Ehmke schreibt. Ich zitiere aus seinen eigenen Schriften. Das ist also nichts, was ich mir mit gezielter politischer Diffamierung aneignen müßte. Da heißt es:

Es ist wieder an der Zeit, durch gezielte, verantwortungsvolle Sabotage den Preis der Bahn für die Durchführung dieser Transporte in die Höhe zu treiben.

Weiter heißt es:

... sich zusammenschließen, in Gruppen zu organisieren und Banden zu bilden.

Wer zur Bandenbildung aufruft, hat kein friedliches Bild – weder im Kopf noch im Herzen.

Dann kommt der entscheidende Satz aus der „Anti Atom Aktuell“ vom April 1996:

Es darf keine Spaltung der Bewegung in friedlich und militant geben.

Genau dieser Satz ist der Schlüssel zu der Frage, wie wir mit dem angeblich friedlichen Widerstand vor Ort umgehen müssen.

Es gibt keine Trennung von friedlich und militant; Kontaktadresse: Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Telefon (0 58 41) 46 84. – Das ist die Realität!

Spezifische Mischung aus Militanz und Bürgerprotest

Mit einem Entschließungsantrag im niedersächsischen Landtag möchte die CDU-Fraktion, daß der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Zur Begründung

des Antrags werden die folgenden Äußerungen seitens der Bürgerinitiative zitiert, aus denen hervorgeht, daß zur Verhinderung der Castor-Transporte das Mittel der Gewalt nicht ausgeschlossen wird:

In einem in der taz vom 10. 12. 1994 veröffentlichten Interview mit einem Vertreter der BI antwortete dieser: „Unsere Kraft liegt in der Erfahrung. Erfolgreich ist unsere spezifische Mischung aus Militanz und Bürgerprotest, sind unsere phantasievollen Formen der Auseinandersetzung.“

In der dpa-Pressemitteilung vom 6. 2. 1995 wird ein „Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg“ zitiert: „Die Abfahrt des Transportes müsse ‚mit allen Mitteln‘ verhindert werden“.

Zu einer Aktion „Ausrangiert“ hatte für den 16. 4. 1996 eine „Initiative Ausrangiert“ aufgerufen. Es wurde dazu aufgerufen, „gemeinsam das Schienenende vor dem Castor-Kran mit einfachen handwerklichen Mitteln zu demontieren“. Diese Aktion wurde im Vorfeld verboten. Die Vorsitzende der BI, Frau Birgit Hunecke, verurteilte am 15. 4. 1996 in der Elbe-Jeetzel-Zeitung im Zusammenhang mit „Ausrangiert“ Kriminalisierungsversuche gegen diejenigen, die offen zu ihrem politischen Handeln stehen.

In der vierten Ausgabe der Zeitung „Restrisiko“ vom 16. 8. 1996, die u. a. von der BI herausgegeben wird, wird deren Vorsitzende Birgit Hunecke in einem Artikel mit der Überschrift „Nix – Wir stellen uns quer – BI Lüchow-Dannenberg stellt neueste Aktionskonzepte vor“ wie folgt zitiert: „Mit dieser Parole wollen wir zeigen, daß unser Widerstand nicht bloße Routine, sondern unser erstes Ziel die Verhinderung weiterer Castor-Transporte ins Wendland ist.“

Kein erhöhtes Strahlenrisiko durch Castor-Transporte

Die das Bundesumweltministerium in Strahlenschutzfragen beratende Strahlenschutzkommission (SSK) hat sich am 28. Februar unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Christoph Reiners erneut mit der „Strahlung bei Castor-Transporten“ befaßt. Sie kam zu dem Ergebnis, daß keine gesundheitsgefährdenden Strahlenbelastungen des Begleitpersonals oder der Bevölkerung durch die Transporte auftreten.

Bundesumweltministerin Angela Merkel: „Ich nehme die Sorgen der Bevölkerung und der Polizei über die Castor-Behälter ernst. Ich bedauere, daß durch wissenschaftlich nicht begründbare Behauptungen und deren ständige Wiederholungen Ängste geschürt werden. Richtig ist, daß die Strahlendosis für die Polizeieinsatzkräfte für einen Einsatz selbst in unmittelbarer Nähe eines Castor-Behälters unterhalb der natürlichen Strahlung pro Jahr liegt. Die Bevölkerung ist von der Strahlung nicht betroffen.“

Für die Transporte von sechs Castor-Behältern nach Gorleben sind die maximalen für die Einsatzkräfte relevanten Dosisleistungen durch Strahlungsmessungen an den Behältern bestimmt worden. Die höchste Dosis beträgt bei einem Castor mit Glaskokillen aus La Hague 0,24 MilliSievert pro Stunde (mSv/h) an der Transportabdeckung. Dieser Wert wird von der Polizei bei Einsätzen in einem Umkreis von bis zu drei Metern um die Behälter zugrundegelegt. Durch die Einsatzplanung der Polizei wird sichergestellt, daß eine Dosis von 1 mSv im Jahr für das Begleitpersonal nicht überschritten wird. Das Strahlenrisiko für Polizeieinsatzkräfte bei

einer maximal zulässigen Strahlendosis von einem MilliSievert im Jahr fällt in die Schwankungsbreite der natürlichen Strahlendosis in Deutschland. Eine Dosis von einem MilliSievert ist geringer als die natürliche jährliche Strahlendosis und liegt

Das Strahlenrisiko liegt innerhalb der Schwankungsbreite der natürlichen Strahlung in Deutschland.

im Rahmen der Strahlendosen, die bei Anwendungen im Alltag auftreten können. So liefert die natürliche Umgebungsstrahlung in Deutschland, einschließlich Radon, Dosen zwischen einem und zehn MilliSievert im Jahr, der Mittelwert liegt bei ca. 2,4 MilliSievert im Jahr. Bei einem Nordatlantikflug Frankfurt – New York – Frankfurt ergibt sich durch die kosmische Strahlung eine Dosis von ca. 0,1 MilliSievert. Medizinische Anwendungen erzeugen Strahlendosen zwischen 0,1 bis 1 MilliSievert (typische Röntgenaufnahmen) und bis über 10 MilliSievert (Computertomographie).

Prof. Dr. Christoph Reiners: „Auch die von Prof. Kuni immer wieder aufgestellte Behauptung, im Strahlenschutz müsse ein höherer Bewertungsfaktor für Neutronenstrahlung angenommen werden, hält einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Von gesundheitsgefährdenden Strahlenbelastungen des Begleitpersonals und der Bevölkerung kann nicht die Rede sein.“

Notwendige Einsparungen verhindern nicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze

Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Pünktlich zum 1. Januar 1999 soll die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit Deutschland als Teilnehmer beginnen. Zugleich stehen wir vor der Situation, daß sich seit Beginn der Standortdiskussion die konjunkturelle Lage zwar verbessert hat, die arbeitsmarktpolitischen Probleme sich aber noch verschärft haben.

Europäische Währungsunion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze legen die Latte für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode hoch. Die Akzeptanz der Europäischen Währungsunion in Bevölkerung und Wirtschaft steht und fällt mit der Sicherung der Währungsstabilität. Eine stabile Währung setzt die Einhaltung der Maastricht-Kriterien durch die teilnehmenden Staaten voraus. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert dagegen Impulse für weiteres Wirtschaftswachstum. Auf die anstehenden Fragen gibt es keine eindimensionalen Antworten.

Die Anstrengungen für den Aufbau in den neuen Ländern haben zusammen mit der zurückliegenden weltweit angespannten Wirtschaftsentwicklung und den ständig steigenden Sozialausgaben den fiskalischen Handlungsspielraum eingeengt. Mehr Schulden sind mit Blick auf die anfallenden Zinsen kein gangbarer Weg. Auch ohne Europäische Währungsunion besteht die Notwendigkeit nachhaltiger Sparmaßnahmen, wenn politische Bewegungsfreiheit zurückgewonnen werden soll.

Es darf kein künstlicher Widerspruch zwischen notwendigen Einsparungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen aufgebaut werden. Durch eine weitere konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen die Spielräume geschaffen werden, die zur Stimulierung von Investitionen in Arbeitsplätze genutzt werden können.

Von Hans-Peter Repnik, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Spürbare Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt werden wir nur erzielen, wenn es uns in einem sich weltweit verschärfenden Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte gelingt, für Deutschland einen der vorderen Plätze zu erhalten.

Nur ein Bündel von aufeinander abgestimmten Maßnahmen kann in dieser Situation die Lösung sein. Die große Steuerreform ist Teil dieses Konzeptes. Mit ihr werden gleich drei ehrgeizige Ziele umgesetzt: Die Vereinfachung und sozial gerechtere Ausgestaltung des Steuersystems sowie durchgreifende Entlastungen für Bürger und Wirtschaft.

Wir müssen unsere Steuersätze international konkurrenzfähig machen, um dadurch vermehrt Investitionen und damit Arbeitsplätze nach Deutschland zu holen.

Kritik wird an diesem Projekt dagegen nur von denen geübt, die langjährige Begün-

stigungen verlieren werden, die sie auf Kosten der Gesamtheit der Steuerzahler bislang hatten. Eins muß klar sein: Je mehr Schlupflöcher und Vergünstigungen es für den einzelnen gibt, um so höher ist die Belastung der übrigen Steuerzahler. Dies werden wir ändern, und letztlich werden alle davon profitieren.

So notwendig die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum ist, so bleibt doch die Weiterentwicklung der gesetzlichen Sozialversicherung das vorrangige Problem. Kaum ein anderer Politikbereich steht derzeit so im Kreuzfeuer wie das Thema Sozialstaat. An weiteren Einsparungen geht kein Weg vorbei. Ludwig Erhard, dessen einhundertster Geburtstag sich in diesen Tagen jährt, wurde in den vergangenen Wochen oft zitiert. Ich möchte ihn auch hier noch einmal zu Wort kommen lassen.

Er sagte: „Wohlstand ist eine Grundlage, aber kein Leitbild. Ihn zu bewahren ist noch schwerer, als ihn zu erwerben.“

Die Reform unseres Sozialsystems ist dabei ein Kernstück.

Neben der Schaffung neuer und der Erhaltung bestehender Arbeitsplätze sind eine stärkere Focussierung der Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Reform der Alterssicherung sowie die Stabilisierung der Beiträge im Gesundheitssystem entscheidende Schritte für die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialsystems.

So kann die Umschichtung von Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Zahlung von Einarbeitungszuschüssen beispielsweise eine direktere Verbindung zum ersten Arbeitsmarkt schaffen. Unser Gesundheitssystem wird ohne mehr Eigenverantwortung nicht mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung vereinbar sein.

Um unser Alterssicherungssystem zukunftssicher, für die arbeitende Generation

und Wirtschaft erträglich zu gestalten, wird derzeit heftig um Lösungen gestritten. Ziel ist eine faire Verteilung der Lasten des demographischen Wandels auf Jung und Alt: Wir brauchen eine Absenkung der Beitragssätze und damit eine Reduktion der Lohnnebenkosten. Wie bei der Steuerreform gilt es auch bei der Rentenreform, nicht über streitige Debatten zu Einzelfragen das ganze Vorhaben zu zerreden.

Neben der Entlastung bei Steuern und Abgaben sowie der Rückführung der Sozialausgaben auf ein vernünftiges Maß ist ein drittes Standbein unerlässlich: Deutschland braucht Innovationen.

Wir müssen wieder lernen, neue Ideen nicht nur auf mögliche Risiken abzuklopfen, sondern vor allem die Chancen neuer Entwicklungen zu sehen.

Wir müssen den Strukturwandel aktiv vorantreiben, anstatt uns von ihm überrollen zu lassen. Die Suche und die Unterstützung kreativer Lösungen sind dafür unerlässlich.

Alle Impulse, die der Staat geben kann, werden für sich genommen nicht ausreichen, wenn sie nicht durch gleichgerichtetes Handeln von Arbeitnehmern und Arbeitgebern unterstützt werden. Vor allem sind auch die Tarifpartner in die Pflicht genommen, um durch moderate Lohnpolitik und flexiblere Arbeitszeitregelungen zur Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen beizutragen.

Schon dieser kurze Blick auf einige der vor uns liegenden Aufgaben zeigt, daß auch die kommenden Monate nicht einfach und bequem werden. Wenn die in Gang gesetzten Reformen aber konsequent umgesetzt werden, wenn es gelingt, eine neue Kultur der Selbständigkeit anzustoßen und neue Produkte und Dienstleistungen zu erschließen, dann wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelingen und die Europäische Währungsunion ein Erfolg werden. ■

Beteiligung der Länder am Kommunalen Kreditprogramm

„Zweitbeste Option“ hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten, Paul Krüger, die Abschaffung der Gewerbesteuer zum 1. Januar 1998, deren weitere Aussetzung in Ostdeutschland und die teilweise Kompensation für die Kommunen durch ein Kommunalkreditprogramm genannt. Dieses Programm sieht folgende Eckpunkte vor:

- Das Volumen des soeben angelaufenen KfW-Kommunalkreditprogramms wird um eine weitere Milliarde auf nunmehr 3 Mrd. DM aufgestockt. Sollte der Bedarf noch höher sein, wird eine noch weitere Aufstockung angestrebt.

- Der aus KfW-Mitteln verbilligte Zinssatz von 3,85 Prozent wird auf 10 Jahre festgeschrieben.

- Die Laufzeit beträgt bis zu 30 Jahre, bis zu 5 tilgungsfreie Anlaufjahre sind möglich, die Auszahlung erfolgt zu 100 Prozent, ein Kredithöchstbetrag ist nicht vorgesehen.

- Die Gemeinden in den neuen Bundesländern können damit grundsätzlich alle kommunalen Infrastrukturinvestitionen mitfinanzieren, die der Aufgabenerfüllung von Gebietskörperschaften dienen. Dies schließt ausdrücklich Sanierungen und Modernisierungen mit ein. Beispiele für Anwendungsfälle sind die Abwasserentsorgung, die Baulanderschließung, die kommunale Verkehrsinfrastruktur, Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen, Schulen oder Kindergärten.

- Die KfW übernimmt bis zu 50 Prozent der Fremdfinanzierung. Der KfW-Kredit kann durch die Inanspruchnahme anderer vergünstigter Kredite, z. B. durch Landesbanken, aufgestockt werden. Ein Eigenanteil der Kommune ist also nicht erforderlich.

- Die Kommunen können die Kredite sowohl als Gebietskörperschaft als auch über ihre Betriebe und Einrichtungen in anderer Rechtsform nutzen.

Der finanzielle Gegenwert der Zinsverbilligung, über die Gesamtlaufzeit gerechnet, ist auf 200 Mio. DM zu beziffern.

Für eine Investitionsoffensive der öffentlichen Hände

Zur privaten Finanzierung öffentlicher Investitionen erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Doss:

Für eine Investitionsoffensive der öffentlichen Hand sollte verstärkt privates Kapital mobilisiert werden, um die erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht zu gefährden. Nicht nur Behördengebäude oder Straßen und Brücken könnten mit privatem Kapital

vorfianziert werden, sondern auch Schienenwege, Kasernen, Kläranlagen usw. Wenn die Infrastruktur nicht weiter zügig ausgebaut wird, wirkt sich dies mittel- und langfristig negativ auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.

Insbesondere vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Lage in der Bauwirtschaft muß verhindert werden, daß der weiter notwendige öffentliche Sparkurs zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung geht.

Städtebauförderung

Weitere Mittel für Investitionen in den alten Ländern

Bundesbauminister Klaus Töpfer hat den alten Ländern Bundesfinanzhilfen in Höhe von 80 Millionen Mark für die Städtebauförderung im Haushaltsjahr 1997 zugeteilt.

Zusammen mit den Komplementärmitteln der Länder stehen damit mindestens 240 Millionen Mark für 194 Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung und Entwicklung in den Städten und Gemeinden der alten Länder zur Verfügung. Die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den alten und neuen Ländern über insgesamt 600 Millionen Mark Bundesfinanzhilfen ist jetzt in Kraft getreten, nachdem sie von allen Ländern gegengezeichnet wurde.

Töpfer unterstrich, mit dem frühen Abschluß auch dieser Verwaltungsvereinbarung habe der Bund die Voraussetzung geschaffen, Investitionen zeitiger als in den Vorjahren einzuleiten, ohne das der Bundeshaushalt zusätzlich belastet werde.

Durch die Städtebauförderung könnten – zusammen mit den Komplementärmitteln der Länder – bauliche Investitionen von mehr als 1,3 Milliarden Mark allein in den alten Ländern angestoßen werden.

Damit sei die Städtebauförderung nicht nur Motor für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Weiterentwicklung deutscher Städte und Gemeinden, sondern zugleich auch ein deutliches Signal zur Stabilisierung der Baukonjunktur. Auch seien die geförderten städtebaulichen Investitionen regelmäßig kleinteilig und äußerst beschäftigungsintensiv; so daß vor allem kleine und mittelständische Handwerksbetriebe aus dem Ort oder der näheren Umgebung davon profitierten.

Die Mittelzuweisung **über 520 Millionen Mark an die neuen Länder** erfolge unverzüglich, wenn das jeweilige Landesprogramm dem Bund vorliege, sagte der Minister weiter. Die Finanzhilfen des Bundes werden für folgende Aufgabenbereiche und besondere städtebauliche Bedarfsschwerpunkte zur Verfügung gestellt:

- Umwidmung und Neunutzung von Brachflächen in Innenstadtlage (stillgeleg-

Deutliches Signal zur Stabilisierung der Baukonjunktur

te Industrie-, Konversions- oder Bahnflächen),

- Erneuerung und Entwicklung in städtebaulichen Brennpunkten (insbesondere Gebiete mit sozialen und ökologischen Defiziten),

- Stärkung der Innenstädte und Ortsteilzentren in ihren vielfältigen urbanen Funktionen, Anerkennung des innenstadtbedingten Mehraufwands,

- Einsatz von Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus zur Entwicklung der Innenstädte.

Abschließend forderte Töpfer seine Länderkollegen auf, die Städtebauförderungsmittel ebenso zügig wie der Bund an die Städte und Gemeinden weiterzugeben, damit die Finanzhilfen möglichst bald in beschäftigungswirksame Investitionen städtebaulicher Maßnahmen umgesetzt werden können. ■

Mehr Geld für den Sport durch weniger Verwaltung

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zum Toto- und Lotto-wesen:

Die Überlegungen der Europäischen Union, den Bereich der Wetten und Lotterien Europas zu liberalisieren, sie innerhalb des Wettbewerbsrechtes als freie Dienstleistungen anzusehen und rechtlich entsprechend zu regeln, hätten fatale Auswirkungen auf die Finanzierung des Breiten- und Schulsports in unserem Lande. Dank rechtzeitiger Intervention der Bundesregierung sind diese Überlegungen nicht zum Zuge gekommen.

Die wirtschaftlichen Lotterieüberschüsse stehen damit zum Teil auch weiterhin zur Förderung des Sportes zur Verfügung. Leider verhindern der immense Verwaltungsaufwand und die damit verbundene „Personalwirtschaft“ eine höhere Gewinnausschüttung für den Sport.

16 Toto-Lotto-Anstalten mit 16 Direktoren, aufwendigem Personalbestand, 16 Rechenzentren und Ersatzzentren, 16 Werbeagenturen mit eigenen Marketing-Konzepten lassen Einsparpotentiale großen Ausmaßes ungenutzt. Länder und Kommunen klagen über fehlendes Geld in den Bereichen für Sport und Kultur. Hier wäre ein Ansatzpunkt zu mehr Glaubwürdigkeit und Transparenz. Die bisher erfolglosen Versuche, mehr Einheitlichkeit und Sparsamkeit in das Lotteriewesen zu bringen, scheiterten an der Eigennützigkeit und Versorgungsmentalität einzelner Landesregierungen. Die Lotteriohoheit der Länder und die föderale Struktur der Ländergesellschaften und -betriebe sind keine heiligen Kühe, wenn es um die Förderung gemeinnütziger Belange geht.

Die erwirtschafteten Toto-/Lottoüberschüsse sind beim Sport, den Vereinen und der Jugendarbeit besser angelegt als in aufwendigen Bürokratien und der unverhältnismäßig hohen Versorgung einzelner Personen.

Straßenverkehrsunfallbilanz 1996

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), erklärte:

Es ist erfreulich, daß sich die Verkehrssicherheitsarbeit und auch der Ausbau des Straßennetzes jetzt deutlich in der Unfallbilanz niederschlägt – trotz eines weiteren Anstiegs des Kfz-Bestandes (+1,8 Prozent) ist 1996 die Zahl der Unfälle mit Todesfolge (8755 Getötete, -7,4 Prozent), die Zahl der Unfälle mit

Personenschaden (374 385, -3,5 Prozent) und auch die Zahl der Unfälle mit schwerwiegendem Sachschaden (152 618, -6,8 Prozent) gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen und erreicht bei den Verkehrstoten den niedrigsten Wert seit 1953.

Die Wirkung der Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zeigt sich insbesondere in den neuen Ländern, wo die Zahl der tödlichen Unfälle in Bran-

Alterssicherung: Empfänger von Beitragszuschüssen können aufatmen

Zum Vorschlag des Vermittlungsausschusses, der Übergangsregelung für Beitragszuschüsse in der landwirtschaftlichen Alterssicherung zuzustimmen, erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion Egon Susset:

Mit dieser Entscheidung zugunsten vieler einkommensschwacher Landwirte ist der Vermittlungsausschuß seiner sozialen Verantwortung gerecht geworden. Die Zustimmung des Bundesrates am 14. März 1997 dürfte nur noch eine Formsache sein. Dann kann die vom Deutschen Bundestag bereits am 15. November 1996 beschlossene Übergangsregelung für Beitragszuschüsse zur landwirtschaftlichen Alterskasse in Kraft treten, die der Bundesrat mit der Mehrheit der SPD-geführten Bundesländer am 19. Dezember 1996 blockiert hatte.

Mit der befristeten Übergangsregelung wird lediglich ein Formfehler für den Erhalt des Beitragszuschusses geheilt,

und es werden allein daraus resultierende erhebliche materielle Nachteile für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen abgewendet.

Rd. 33.000 landwirtschaftliche Betriebe in sozial schwierigerer Situation werden von der Rückforderung von Beitragszuschüssen von durchschnittlich 1.000 DM, im Einzelfall bis zu 4.000 DM, verschont.

Kein einziger Landwirt wird dadurch mehr an Beitragszuschüssen in der landwirtschaftlichen Alterssicherung erhalten, als ihm aufgrund seiner nachgewiesenen tatsächlichen Einkommenslage zusteht. Es wird lediglich das Versäumnis der Frist zur Vorlage des Einkommenssteuerbescheides geheilt. Dies ist gerechtfertigt, weil viele Landwirte die mit der Agrarsozialreform neu eingeführte Vorlagepflicht – in der kurz bemessenen Zwei-Monats-Frist – in ihrer Bedeutung nicht erkannt haben, was auch mit den Anlaufschwierigkeiten der Reform zusammenhing.

mit erfreulicher Entwicklung

denburg (–14 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (–14 Prozent) und Sachsen-Anhalt (–12 Prozent) nunmehr ebenso stark zurückgegangen ist wie in Nordrhein-Westfalen (–16 Prozent) und Rheinland-Pfalz (–14 Prozent).

Allerdings liegen die Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich immer noch erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Dies macht auch deutlich, daß angesichts des per-

sönlichen Leids der von Unfällen Betroffenen die Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Unfallsituation unvermindert fortgesetzt werden müssen. Ziel muß unverändert sein, durch eine verbesserte Infrastruktur, verkehrssicherheitstechnisch verbesserte Fahrzeuge und gezielte Information und Schulung der Verkehrsteilnehmer den rückläufigen Trend der Unfallzahlen noch zu verstärken.

Deutschland für ausländische Studenten attraktiver machen

Anlässlich der Diskussion im Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung erklärte der stellvertretende bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Jork:

Das Ziel der Bundesregierung, die Studienbedingungen in Deutschland zu verändern und insbesondere für ausländische Studenten wieder attraktiver zu machen, ist ein wichtiger Aspekt der Diskussion zum Standort Deutschland. Es besteht ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen den Ausländern, die in unserem Land studieren, und unseren zukünftigen Kontakten und Chancen auf dem Weltmarkt: Die ausländischen Studenten stellen das künftige Führungspersonal in ihren Ländern, sie werden Mittler und Kooperationspartner für die deutsche Wirtschaft sein.

Deshalb ist es ein dringend zu ändernder Mißstand, wenn immer weniger Studenten aus wichtigen Wachstumsmärkten in Asien und Lateinamerika, aber auch aus den nordamerikanischen Staaten zu einem Studium nach Deutschland kommen.

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben im Dezember vergangenen Jahres ein Bündel wichtiger Maßnahmen beschlossen, die jetzt umzusetzen sind.

Dazu gehören „Auslandsorientierte Studiengänge“ und Aufbau-Studien für Bachelor-Absolventen, die bessere Vergleichbarkeit von Studienleistungen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die Werbung für einen Deutschland-Aufenthalt und dessen Vorbereitung durch Sprachtraining sowie der verstärkte Einsatz ausländischer Gastdozenten. Für ausländische Studenten müssen die fachliche und soziale Betreuung verbessert und aufenthaltsrechtliche Hemmnisse beseitigt werden. Auch die vorgeschlagene Berücksichtigung von Bachelor- und Mastergraden wird die Attraktivität des Studienstandorts Deutschland erhöhen.

Von der Verbesserung der Studienbedingungen und der Integration angelsächsischer Elemente an deutschen Hochschulen werden aber nicht nur die ausländischen, sondern auch die deutschen Studenten profitieren. Der Ausbau internationaler Beziehungen, die bessere Überschaubarkeit von Studiengängen durch ein Modulsystem und die Einführung international anerkannter Studienabschlüsse sind von großer Bedeutung für die gesamte deutsche Hochschullandschaft, für Dozenten ebenso wie für Studenten.

Diese Chance muß von allen Beteiligten ergriffen werden.

JU-Kampagne für Ausbildungsplätze

Im Sommer startet die Junge Union Deutschlands eine bundesweite Kampagne zur Förderung von Ausbildungsplätzen. Mit verschiedenen Plakaten, Aufklebern und einem umfangreichen Aktionsleitfaden

will die JU über die Wichtigkeit einer fundierten beruflichen (Lehre) und allgemeinen Bildung (Uni) aufklären und Unternehmen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auffordern.

Grenzen der Gentechnik

Zur gentechnischen Forschung erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Das geklonte Schaf Dolly stellt eine Zäsur in der gentechnischen Forschung dar. Erstmals ist es gelungen, aus nur einer einzigen Zelle eines Muttertiers einen vollidentischen Nachkommen zu schaffen. Die Horrorvision eines Schrittes weiter, nämlich zum geklonten Menschen, liegt nahe.

Die Gefahr einer Verteufelung der Gentechnik liegt nahe.

Die Wissenschaft hat damit eine Schwelle erreicht, die zu überschreiten nach unserer Wertevorstellung ethisch unverantwortbar und nicht erlaubt ist. Die Grenze dessen, was der Mensch darf, ist erreicht!

So wissenschaftlich interessant das Experiment Dolly auch sein mag, es steht zu befürchten, daß nunmehr Ängste gegen die ganze Gentechnik in der Bevölkerung wieder verstärkt aufkeimen. Dies zu einem Zeitpunkt, wo die Gentechnik insbesondere im medizinischen Bereich zunehmend Akzeptanz findet. Rund 70 Prozent der Teilnehmer einer Befragung glauben, daß die Gentechnik zu großen medizinischen Fortschritten führt. Nur durch diese Technologie ist die Bekämpfung der großen Volkskrankheiten, wie z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Alzheimer, Aids etc. aussichtsreich. Dieser Chance steht nun das Risiko des geklonten Menschen gegenüber. Die Gefahr einer Verteufelung der Gentechnik liegt nahe, zumal nicht sichergestellt werden kann, daß das,

was in Deutschland gesetzlich verboten ist, in anderen Ländern auch nicht gemacht wird.

An Wissenschaft und Wirtschaft wird nachdrücklich appelliert, die Aufklärung der Bevölkerung über die Chancen der Gentechnik, aber auch über die Risiken und insbesondere das Klonen von Säugetieren zu verstärken. Deutschland hat mit seiner Verfassung, seinem Gentechnikgesetz und Embryonenschutzgesetz sehr strenge rechtliche Regelungen, die das Klonen eines Menschen ausschließen. Der Staat sorgt dafür, daß die Bestimmungen der Gesetze eingehalten werden und, wo nötig, noch weiter verschärfte Kontrollmechanismen eingeführt werden. Auf internationaler Ebene müssen alle Anstrengungen unternommen werden, daß die Schreckensvision eines geklonten Menschen nicht Realität wird.

§ 6: Klonen

Das Embryonenschutzgesetz (ESchG), das seit dem 1. 1. 1991 in Kraft ist, verbietet ausdrücklich in § 6 das Klonen eines Menschen. Der Paragraph lautet:

(1) Wer künstlich bewirkt, daß ein menschlicher Embryo mit der gleichen Erbinformation wie ein anderer Embryo, ein Foetus, ein Mensch oder ein Verstorbener entsteht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer einen in Absatz 1 bezeichneten Embryo auf eine Frau überträgt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

Einweisung in die drogenfreie Therapie

Modellversuch als Alternative zur drogenakzeptierenden Politik

Oberstes Ziel jeglicher Drogenpolitik muß die Abstinenz, ein Leben ohne Drogen sein. Dies war lange Zeit über die Parteigrenzen hinweg Konsens in der deutschen Drogenpolitik. Ausdruck dieses abstinenzorientierten Konzeptes ist der Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan mit seinen drei Säulen Prävention, Therapie und Repression.

Diese Drogenpolitik war und ist erfolgreich. Im internationalen Vergleich verfügen wir über ein qualitativ hochwertiges Behandlungssystem für Abhängigkeitserkrankungen mit der ausreichenden Zahl von 5.000 Therapieplätzen. 30 bis 40 Prozent der Teilnehmer an einer solchen drogenfreien Therapie werden langfristig clean und führen ein Leben ohne Drogen. Deutschland hat in der EU die drittniedrigste Zahl an Drogenkonsumenten im Vergleich zur Bevölkerung – vor den vermeintlichen „Drogenreformstaaten“ Niederlande und der Schweiz. Während in Deutschland in den alten Ländern 12 Prozent der 14- bis 17jährigen Jugendlichen Erfahrung mit illegalen Drogen haben, sind es in Großbritannien 33, in den Niederlanden 20 Prozent.

Die ständig wiederkehrenden Phrasen einer „gescheiterten Drogenpolitik“ sind somit ebenso unberechtigt wie die auch durch hartnäckige Wiederholung nicht wahrer werdende Verleumdung, in Deutschland gäbe es eine „repressive Drogenpolitik“. Die Rechtspraxis verfährt

nach dem Grundsatz „Therapie vor Strafe“ und ist in mancherlei Hinsicht schon fast zu großzügig, besonders was das Vorgehen gegen die Kleindealer („Ameisenhandel“) angeht.

Trotz dieser Sachlage hat die Opposition den deutschen Drogenkonsens aufgekündigt. SPD und Grüne, seit kurzem unterstützt von Teilen der FDP, starten eine drogenpolitische Kampagne nach der anderen, fordern Heroinabgabe, Fixerstuben, „Haschisch in Apotheken“ und zielen im-

Von Roland Sauer, Leiter des Gesprächskreises Drogen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

mer offener auf eine drogenakzeptierende Gesellschaft ab. Die Union lehnt diesen Kapitulationskurs ab.

Zu überlegen ist aber in der Tat, wie man den suchtkranken Menschen hilft, die durch die bestehenden Drogenhilfesysteme nicht zu erreichen sind, und die eine drogenfreie Therapie oder eine Substitutionsbehandlung ablehnen. Diese schwer zu definierende Personengruppe der „Schwerstabhängigen“ soll nach Vorstellungen Hamburgs Heroin verabreicht bekommen.

Wir haben da ganz andere Vorstellungen. Süchtige Menschen sind unfreie Menschen. Der Drang nach der täglichen Dosis verstellt ihnen den Blick für einen Ausweg

aus der Sucht. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Krankheit und soziale Verelendung sind oft die Folgen. Ziel muß sein, diesen Menschen zu helfen, von ihrer Sucht loszukommen, statt sie mit ihrem Gift zu versorgen und so bequem stillzustellen. Sucht kann unserer Ansicht nach nicht durch Suchtmittel geheilt werden. Schließlich käme auch niemand auf die Idee, „Freibier für Alkoholiker“ zu fordern.

Statt dessen denken wir in eine gänzlich andere Richtung. Wenn schon teure Modellprogramme, dann solche, die auf Heilung, das heißt Freiheit von der Droge, ausgerichtet sind. In Schweden hat man große Erfolge mit der richterlich angeordneten Einweisung von Langzeitabhängigen, die von sich aus nicht freiwillig in die Therapie gehen wollen. Nach einer Entgiftung findet dort eine Motivationsphase statt, in der die Abhängigen auf die Therapie vorbereitet werden.

Die Grundlage dazu liefert das 1982 in Kraft getretene Gesetz zur Behandlung Süchtiger in bestimmten Fällen (LVM). Es ermöglicht die Pflegeverwahrung des Süchtigen auch gegen seinen Willen. Das Sozialamt und andere Behörden sind zum Eingreifen verpflichtet, wenn eine Person durch ihre Sucht sich selbst oder andere unmittelbar gefährdet. Ist dies der Fall, entscheidet das Verwaltungsgericht über die Unterbringung des Drogenabhängigen in eine Therapieeinrichtung. Die Behandlung erstreckt sich auf bis zu sechs Monate.

Das Ergebnis dieser angeordneten Behandlung ist positiv. Eine Begleitstudie unter 102 Teilnehmern ergab, daß ein halbes Jahr nach Ende der Behandlung neun Prozent suchtfrei lebten, 18 Prozent ihren Konsum verringert hatten und 28 Prozent bereit waren, freiwillig in die drogenfreie Therapie zu gehen. Im allgemeinen verließen die Behandlungsteilnehmer das Programm in einem physisch und psychisch stabileren Zustand und waren

anschließend besser in der Lage, Arbeit und Wohnung zu finden.

Die rechtlichen Grundlagen für die Einweisung einer solchen Einweisung in eine Therapie auf richterlichen Beschluß sind auch in Deutschland gegeben. In den Landespsychiatrie- bzw. Unterbringungsgesetzen können die einzelnen Bundesländer z. B. Alkoholranke und Drogenabhängige, die sich selbst oder andere gefährden oder in einem bedenklichen Zustand sind, zu einer Therapie einweisen. Zu prüfen wäre, ob diese Rechtsmittel ausreichend sind oder diese für eine gerichtlich angeordnete Einweisung in Form eines Spezialgesetzes geändert werden müßten.

Eine Einführung des schwedischen Modells der Einweisung in eine Therapie würde erhebliche Finanzmittel für Personal, Verwaltung und Durchführung von Motivationsphase und Therapie erfordern. Diese Gelder wären aber sinnvoll angelegt, da sie mittelfristig die Ausgaben für Substitution, Arzt- und Medikamentenkosten, mobile oder stationäre Klinik- oder Krankenhausaufenthalte, Polizeieinsätze und Justizverfahren reduzieren würden. Ein von seiner Sucht Geheilte kommt Staat und Gesellschaft allemal billiger als ein Suchtkranke. Es ist daher zu überlegen, ob als erster Schritt in einem oder zwei Bundesländern ein begrenzter Modellversuch mit einer beschränkten Anzahl von Abhängigen durchgeführt wird.

Diese Einweisung in die Therapie könnte die Alternative zur rotgrünen, auf Drogenakzeptanz ausgerichteten Drogenpolitik sein. Statt Drogenabhängige durch Fixerstuben und Heroinabgabe in der Perspektivlosigkeit ihrer Sucht zu belassen, könnte ihnen mit einer Einweisung in eine Therapie effizient geholfen werden. Wirkliche Hilfe aber bedeutet Hilfe zu einem Leben ohne Drogen. Dazu – und nicht zur Versorgung Kranker mit ihrem Gift – brauchen wir einen Modellversuch!

40 Jahre MIT – Reformen braucht das Land

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU wählte auf ihrem Bundeskongreß am 21. und 22. Februar in Bonn ihren neuen Bundesvorstand. An der Spitze der 39.000 Mitglieder starken Vereinigung wird künftig der 52jährige Bauunternehmer und Bundestagsabgeordnete Peter Rauen aus Salmrohr stehen.

Der Kongreß stand weiterhin ganz im Zeichen der Reform des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die MIT hatte bereits mit dem Motto ihres Kongresses „40 Jahre MIT - Reformen braucht das Land“ deutlich gemacht, daß sie sich als wirtschaftspolitische Reformkraft verstand und weiterhin versteht.

Bundeskanzler Helmut Kohl forderte in seiner Rede dazu auf, die notwendigen Reformen voranzutreiben. Deutschland müsse auf die großen Herausforderungen reagieren. Er bekräftigte daher seine Entschlossenheit, drei umfassende Reformen, von Steuern, Renten und Gesundheitssystem, durchzusetzen. Die Reformen würden einen „großen Push“ für die Schaffung von Arbeitsplätzen geben. Vor allem die Steuerreform könne ein riesiges Programm für Investitionen und Arbeitsplätze sein. Die Bundesrepublik komme auch nicht um Veränderungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme herum. Kohl: „Wir haben in Deutschland genügend Arbeit, aber nicht mehr genügend Arbeit zu bezahlbaren Preisen.“ Es werde allerdings mit der Union keinen Abbau des Sozialstaates geben. Man müsse aber auf demographische Entwicklungen reagieren.

Auch der scheidende Vorsitzende Hansjürgen Doss drängte in seinem Bericht auf ei-

ne Beschleunigung der Reformen. Es dürfe keine Zeit mehr verloren werden, sondern müsse rasch ein verbindlicher Reform-Fahrplan erstellt werden.

Der neue Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rauen, forderte ebenfalls eine Beschleunigung des Reformtempos und betonte in diesem Zusammenhang vor allem die Notwendigkeit der Senkung der Steuern und Abgabenlast. Die hohen Steuern und Abgaben hätten dazu geführt, daß die Arbeitskosten zu hoch und die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zu niedrig seien.



**Peter Rauen
zum neuen
Bundesvorsitzenden
der MIT
gewählt**

Er warnte weiterhin die Koalition davor, der SPD bei den anstehenden Gesprächen über die Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu große Zugeständnisse zu machen. Das Hauptziel der Reform sei die Schaffung und der Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland. Wenn die von der Koalition beschlossenen Eckwerte der Reform nicht umgesetzt würden, werde es keine Trendwende am Arbeitsmarkt geben.

Im Hinblick auf seine Vorstellungen für die Arbeit in den beiden nächsten Jahren sagte Rauen, daß er der MIT zu mehr politischer Bedeutung verhelfen wolle. Hierzu sei unter anderem die Bündelung der verschiedenen Einzelinteressen innerhalb des Mittelstandes notwendig.

Der neue Bundesvorstand der MIT:

Bundeschatzmeister: Peter Harald Rauen MdB

Bundesschatzmeister: Peter Jungen

Stellv. Bundesschatzmeister: Hellmut Hausch

Stellv. Bundesvorsitzende: Horst Faber, Marion Fischer MdL, Ernst Hinsken MdB, Jürgen Presser MdL, Reinhold Uhl, Hartmut Schauerte MdB

Beisitzer: Vera Adams, Barbara Ahrons MdHB, Dr. Werner Baumgärtner, Dieter Berchem, Renate Blank MdB, Dieter Bischoff, Paul Bödeker, Dieter Böss, Hatto Braesen, Dr. Hans

Burggraf MdL, Hartmut Büttner MdB, Klaus Dank, Joachim Dirschka, Marie-Luise Dött, Veronika Frels, Josef Geyer, Nikola Greiff, Hans-Joachim Gütig, Bernd W. Häfner, Dr. Paul Krüger MdB, Hans-Ulrich Köhler MdB, Hagen Königseder, Werner Lübbe, Siegbert Martin, Dr. Gisela Meister-Scheufelen MdL, Hans Michelbach MdB, Wolfgang Mößner, Prof. Dr. Winfried Pinger MdB, Thomas Rachel MdB, Roland Steinbrück, Karin Thümmrich, Dr. Christian Will, Gudrun Wüsthof, Franz Zettler, Prof. Dr. Rolf Zimmermann

Er betonte weiterhin, daß er als Vertreter des Mittelstandes auch immer die Interessen der Arbeitnehmer im Auge behalten werde. Niemand kenne die Sorgen der Arbeitnehmer besser als der Mittelstand. Um das Hauptziel der Wirtschaftspolitik, die Verringerung der Arbeitslosenzahlen, zu erreichen, müßten in der CDU/CSU endlich wieder alle an einem Strang ziehen.

Der Willè zur Durchsetzung der notwendigen Reformen des Wirtschaftsstandortes Deutschland war ebenfalls Grundlage des Leittrags des Bundesvorstandes, der mit überwältigender Mehrheit von den Delegierten verabschiedet wurde. Ziel dieses Antrages war es, die Leitlinien für eine Reform des Wirtschaftsstandortes Deutschland aus mittelständischer Sicht festzulegen. Im Mittelpunkt stehen hierbei:

- Steuerliche Entlastung der Unternehmen und Arbeitnehmer
- Rückführung der Staats- und Abgabenquote
- konsequente Deregulierung und Entbürokratisierung

- Förderung der Selbständigkeit
- Modernisierung von Bildung und Wissenschaft.

Schulterschuß auch mit den Arbeitnehmern

Der Ehreuvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat dem neuen Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rauen, zu seiner Wahl gratuliert und in einem Brief hervorgehoben,

... welche Perspektive Sie ihrer Arbeit gegeben haben. Ich zitiere den einschlägigen Satz aus dem „Handelsblatt“ von heute, nämlich: „Es sei ein Grundsatz seiner Politik als neuer MT-Vorstizender, nicht allein die Interessen des Mittelstandes, sondern auch die seiner Mitarbeiter zu vertreten. Der Schulterschuß mit den Arbeitnehmern in dieser Frage sei ein Beispiel für das von ihm angestrebte gut Verhältnis des Mittelstandes zu seinen Beschäftigten.“ ■

Die Kommission ist dem Europäischen Parlament verantwortlich

Die Schlußfolgerungen des Europäischen Parlaments aus den Ergebnissen des BSE-Untersuchungsausschusses haben nach Ansicht des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP), Hans-Gert Pöttering, das Verhältnis von Kommission und Parlament „entscheidend verändert“.

Mit seinem „bedingten Mißtrauensvotum“ habe das Europäische Parlament deutlich gemacht, daß die Arbeit der Kommission in Zukunft einer stärkeren Kontrolle des Europäischen Parlaments unterworfen werde. Prinzipiell solle dies für alle Bereiche des Handelns der Kommission gelten.

Die stärkere Kontrolle müsse schrittweise zu einer „wirklichen Verantwortlichkeit der Kommission gegenüber dem Parlament führen“, erklärte Pöttering. Dieser Grundsatz ergebe

sich bereits aus dem durch die Gemeinschaftsverträge dem Europäischen Parlament übertragenen Recht, der Kommission das Mißtrauen auszusprechen. So wie die nationalen Regierungen der Kontrolle ihres jeweiligen Parlaments unterliegen und ihren Regierungen verantwortlich seien, müsse dies auch „prinzipiell“ im Verhältnis von Kommission und Europäischem Parlament gelten.

Dieses, so der stellvertretende Vorsitzende der Christdemokraten im Europäischen Parlament, ändere nichts an der Notwendigkeit, daß die Kommission und das Europäische Parlament Verbündete im europäischen Einigungsprozeß bleiben. „Aber“, so Pöttering, „die Kommission muß wissen, daß ihre Politik gegenüber dem Europäischen Parlament zu verantworten ist.“

Vermögensabgabe schadet dem Standort Deutschland

Zu den Berichten über die geplante Einführung einer Vermögensabgabe durch die Sozialdemokraten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Scharpings Vorschlag für eine Vermögensabgabe in Höhe von 1 bis 3 Prozent ist genau der Weg, der die deutsche Volkswirtschaft noch weiter weiterführen wird von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wenn ein Unternehmen in Deutschland mit einer Zusatzabga-

be von 3 Prozent belegt wird (d. h. tatsächlich sind es 6 bis 7 Prozent, da ja vorher noch Steuern auf den Ertrag zu zahlen sind), wird es nach der schnellsten Möglichkeit suchen, um ins Ausland abzuwandern. Die großen Vermögen werden Deutschland verlassen, und damit sinkt die Investitionsfähigkeit. Die deutsche SPD tut alles, um ihrem Ruf als unmodernste sozialdemokratische Partei Europas gerecht zu werden. Finanzpolitik muß sich nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten ausrichten, nicht nach Neid.

Geschichte einer Dortmunder Partei

Schon 1984 ist „Ein Betrag zur Geschichte der Christlich Demokratischen Union in Dortmund“ erschienen. Jetzt gibt es ein Buch, das diese frühe Publikation vertieft, erweitert und vor allen Dingen aktualisiert. Die Bezüge von den Anfängen zum heutigen Geschehen spannen einen weiten Bogen, der die Vielfalt christlich-demokratischen Engagements vor Augen führt.

Die Autoren sind der Historiker Dr. Fritz Hofmann und der Kommunalpolitiker Arnold Sommer. Dr. Fritz Hofmann, Mitglied der CDU, hat sich dem Studium der Geschichte der CDU in Dortmund verschrieben und sieht das Buch als Bestandteil der deutschen und der Dortmunder Geschichte. Die CDU hat ihre Wurzeln gerade auch in Dortmund und in Westfalen. Ihre politische Grundeinstellung hat sich aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus entwickelt.

Kaum in einer anderen westfälischen Stadt war der bestimmende Einfluß evangelischer Christen so groß wie in Dortmund. Das deutschlandpolitische Engagement der Dortmunder

CDU und ihrer Politiker in Stadt, Land und Bund zeugt davon.



Anläßlich der Feier „50 Jahre Ahlener Programm“ am 3. Februar 1997 überreicht eine Dortmunder CDU-Delegation das neu erschienene Buch „CDU Dortmund – Christlich Demokratische Union Deutschlands – Geschichte einer Partei“ an Bundeskanzler Helmut Kohl. Neben dem Bundeskanzler von links: Kreisvorsitzender Erich Fritz, ehemaliger Kreisvorsitzender Hans Mönig, die Autoren Fritz Hofmann und Arnold Sommer.

„CDU Dortmund – Christlich Demokratische Union Deutschlands – Geschichte einer Dortmunder Partei“, 1. Auflage 1996, von Dr. Fritz Hofmann und Arnold Sommer, 282 Seiten, DIN A 5, gebunden, ist im Haus & Grund Verlag erschienen und ist erhältlich im Dortmunder Buchhandel, in der Kreisgeschäftsstelle der CDU Dortmund, Prinz-Friedrich-Karl-Str. 48, 44135 Dortmund, und direkt beim Haus & Grund Verlag, Elisabethstr. 4, 44139 Dortmund. Es kostet 24,50 DM zzgl. Versandkosten.

Frau & Politik 1/97: Reformen

Die meisten Menschen in unserem Lande wissen, daß sich vieles ändern muß. Doch die Durchsetzung von Neuem stößt stets auf Widerstände. Oft sind Kompromisse das Ergebnis, die den einen zu weit, den anderen nicht weit genug gehen.

Wenn aber nicht immer mehr Menschen umdenken und handeln, setzen sich alte Entwicklungen fort, die der Lebenswirklichkeit von heute nicht mehr entsprechen. Wir erstarren in überholten Strukturen, wenn nicht neue Prioritäten für die Zukunft gesetzt werden.

Ob Renten, Steuern, Umwelt oder Familienpolitik – alles hängt immer in irgendeiner Weise mit dem anderen zusammen. „Frau & Politik“ greift in der Nr. 1/1997 unter dem Thema „Reformen“ die aktuelle Diskussion auf und zeigt den Blickwinkel, unter dem aus Sicht von Frauen Strukturen verändert werden müßten.

Forderungen der Frauen-Union zur Rente, Mut zur Umkehr in der Steuerpolitik oder nationale Strategien zur Umsetzung der Forderungen der Weltfrauenkonferenz 1995 können Sie ebenso nachlesen wie alte, ewig junge Themen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dieses Mal ein Beitrag zum „Familienfreundlichen Betrieb“ mit neuen Wegen der Unternehmen.

Frau und Politik

Keiner will Revolution,
keiner macht Revolution,
niemand braucht Revolution,
und irgendwie fehlt sie einem doch.

Mathias Peltz, Koblenz



REFORMEN

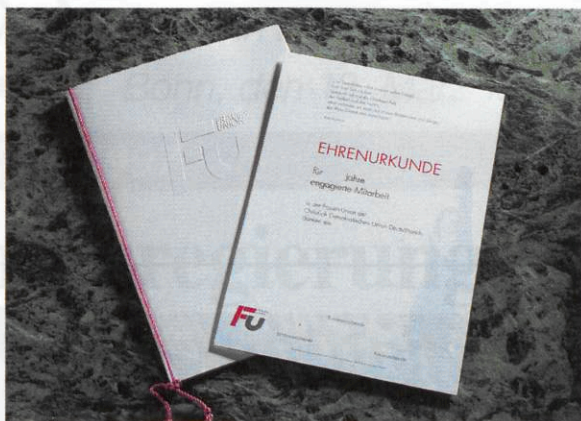
1/97

- „Frau & Politik“ stärkt Frauen in ihrer Argumentation.
- „Frau & Politik“ schärft das Bewußtsein für nach wie vor bestehende Benachteiligungen.
- „Frau & Politik“ zeigt Chancen für Frauen.

„Frau & Politik“ ist als Einzelexemplar oder im Jahresabonnement (20,- DM für 6 Ausgaben) zu beziehen bei:

**Frauen-Union
der CDU Deutschlands
Friedrich-Ebert-Allee 73 – 75
53113 Bonn
Tel.: 02 28/544 314
Fax: 02 28/544 586**

Informationen
**Frauen
und
Renten**



▲ **Ehrenurkunde (DIN A4) der Frauen-Union, mit Mappe, speziell für Laser-Drucker geeignet**
Bestell-Nr.: 0242
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 14,40 DM

▲ **Frauen und Renten, Faltblatt**
Bestell-Nr.: 2188
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 22,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Vermold
Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

WEGE
ZUR ÖKOLOGISCHEN
UND SOZIALEN
MARKT-
WIRTSCHAFT



Beitrag zum 21. Bundeskongress der Frauenchor der CDU 4.-5. November 1995



**Frauen
knüpfen Netze
für die Zukunft**

Beitrag zum
20. Bundeskongress der
Frauen-Liga der CDU Deutschlands
15.-14. November 1993, Bonn



▼ **Wege zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, Broschüre**
Bestell-Nr.: 2168
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 33,50 DM

▲ **Frauen knüpfen Netze, Faltblatt**
Bestell-Nr.: 2963
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 18,00 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



● **Natürlicher
Motten-
schutz aus
Zedernholz**

Diese Bäumchen aus Zedernholz erzeugen einen natürlichen und angenehmen Geruch in Ihrem Kleiderschrank und bieten zudem ökologisch unbedenklichen Schutz gegen Motten. Tests haben gezeigt, daß sogar Silberfischchen und Flöhe durch den Duft des ätherischen Zedernöls vertrieben werden können.

Bestell-Nr.: **9186**

Verpackungseinheit:

1 Beutel à 10 Bäumchen

Preis je Beutel: 14,90 DM

UiD

7/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.